

d·i·e

Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik



German Development
Institute

Nicht auf die Klimapolitik warten!

**Warum der Kampf gegen die Folgen
von Dürren mehr Aufmerksamkeit
und Geld verdient**

Von Michael Brüntrup,
*Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik (DIE)*

Die aktuelle Kolumne

vom 02.12.2019

Warum der Kampf gegen die Folgen von Dürren mehr Aufmerksamkeit und Geld verdient

Bonn, 02.12.2019. Dürren sind eine der dramatischsten Folgen des Klimawandels. Sie werden häufiger, dauern länger an und werden intensiver. Welche Schäden sie kurz-, mittel- und langfristig anrichten, hängt davon ab, wie verletzlich die betroffenen Öko-, Sozial- und Wirtschaftssysteme sind. Können diese die Folgen von Dürre abfedern und sich erholen, spricht man von Dürresilienz. In Deutschland haben wir in den letzten zwei Jahren leidvoll erfahren, wie Dürren – verbunden mit hohen Temperaturen – zu großen Verlusten und teilweise irreparablen Schäden in der Land- und Forstwirtschaft, aber auch in Naturwäldern führten. Die Flüsse führten so wenig Wasser, dass der Schifftransport, die Kühlung von Kraftwerken und die Versorgung von Industrieanlagen mit Brauchwasser gestört waren. Wiederholen sich solche Jahre öfter, ist mit schwerwiegenden Folgen für Natur und Wirtschaft zu rechnen, die selbst im reichen Deutschland nicht einfach kompensiert werden können.

In Entwicklungsländern sind die Folgen ungleich dramatischer: Dürren bedrohen nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Nahrungsmittelversorgung, Einkommensquellen, die Gesundheit, die Trinkwasserversorgung und damit die Lebensgrundlagen der Menschen. Laut einem Bericht des Global Water Institutes könnten bis zum Jahr 2030 zwischen 24 und 700 Millionen Menschen alleine in Afrika aufgrund von Wassermangel vertrieben werden – auch wenn manche Wissenschaftler diese Zahlen skeptisch sehen. Und auch die Natur kann nachhaltig geschädigt werden, wenn sich das Klima ändert und die natürliche Widerstandsfähigkeit der Ökosysteme überfordert wird.

Alles spricht also dafür, die verheerenden Folgen von Dürren zu verringern – bei uns und anderswo. Treibhausgasemissionen zu reduzieren, ist dabei eine (gewaltige) Aufgabe; die Folgen des schon jetzt nicht mehr rückgängig zu machenden Klimawandels zu bekämpfen, eine andere. Ginge es nur um die durch den Klimawandel verursachten Schäden, wäre deren Messung und Bezifferung sowie die Frage nach der „Schuld“ relativ schnell geklärt: Historisch sind es vor allem die Industrieländer und aktuell die Schwellenländer, die für den Großteil der Treibhausgasemissionen verantwortlich sind.

Aber Dürren werden nicht nur durch den Klimawandel verursacht. Denn sie existieren auch unabhängig davon, und menschliche Einflüsse verstärken Dürren und ihre Folgen, zum Beispiel durch großflächige Verschlechterung der Vegetation und der Bodenqualität durch nicht nachhaltige Bewirtschaftung. Mit modernen Technologien können wir nun immer größere und eigentlich robuste Ökosysteme zerstören, und damit ihre Dürresilienz. Auf diese Problematik weist auch

der Weltbodentag hin, der am 5. Dezember ansteht.

Dürren und Dürreschäden sind also eine höchst komplexe Folge natürlicher Schwankungen, menschengemachter lokaler Umweltschäden und des Klimawandels. Eine eindeutige Zuordnung von „Schuld“ ist in diesem Fall nahezu unmöglich, eine permanente Debatte um Schäden und Verluste vorprogrammiert. Nach römischer Rechtsprechung heißt es „actore non probante reus absolutus“: „Wenn der Kläger die Tatsachen nicht beweisen kann, obsiegt der Beklagte“.

Dies kann aber nicht das Ende der Debatte sein. Die lokalen und regionalen Schäden und ihre Folgen sind zu gravierend, als dass wir uns zurücklehnen und warten können, bis sich neue Erkenntnisse ergeben. Dürren können jahrzehntelange Entwicklungsbemühungen zerstören – auch das sollten wir nicht in Kauf nehmen. Unabhängig von den UN-Klimaverhandlungen müssen wir uns für eine proaktive Förderung von Strategien für mehr Dürresilienz einsetzen.

So könnte zum Beispiel ein internationaler Dürrefonds Entwicklungsländer bei der Steigerung von Dürresilienz unterstützen. Er müsste die Eigenanstrengungen von Regierungen und gute Regierungsführung honorieren; er sollte möglichst lokale Initiativen unterstützen; und er sollte weitere Nachhaltigkeitsziele fördern. Denn viele Maßnahmen, die mit Dürre und Dürresilienz verbunden sind, stehen in direkter Wechselwirkung mit anderen Nachhaltigkeitszielen, wie Ernährungssicherung, nachhaltige Wassernutzung, Bekämpfung von Armut oder Leben an Land. Beispiele sind die Verbreitung robusterer Anbaupflanzen, Mischwälder, Wasserspeicherung im Boden und in Talsperren, Wetterversicherungen, soziale Sicherungssysteme, Lagerhaltung und Einkommensdiversifizierung. Solch ein Fonds könnte aus Entwicklungs- und Katastrophengeldern, aus Versicherungsprämien und schon verfügbaren Klimageldern gespeist werden. Der Fonds sollte nicht die Maßnahmen selber finanzieren, dafür sind sie zu vielfältig und teuer; sondern nationale Strategien, die solche Maßnahmen fördern und koordinieren. Das UN-Wüstensekretariat (UNCCD), deren internationales Mandat die Förderung von Dürresilienz und Bekämpfung von Bodendegradation und Desertifikation ist, könnte einen solchen Fonds verwalten. Er wird aber Katastrophenhilfe in besonders gravierenden Fällen, die es trotz aller Anstrengungen immer wieder geben wird, nicht ersetzen können – auch dies gehört zur Wahrheit über Dürresilienz.

Dadurch hieße es „in dubio pro res publica“ oder frei nach dem neuen Leitbild des DIE „im Zweifel für das internationale Gemeinwohl“.